

Zur Verleihung des  
Roman Herzog Forschungspreises

# FREIHEIT UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Mit einem Beitrag von  
Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des  
Sachverständigenrats zur Begutachtung der  
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



## Zur Verleihung des Roman Herzog Forschungspreises

# FREIHEIT UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Vorwort	2
1 Mit der Sozialen Marktwirtschaft ins 21. Jahrhundert	3
2 Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft	7
2.1 Wohlfahrtsstaat in der Krise?	7
2.2 Psychologische Impulse für einen Klassiker	10
2.3 Personalabbau in Unternehmen: zwischen Wahrnehmung und Wirkung	13
3 Freiheit und Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft	16
3.1 Die Suche nach einer geeigneten Wirtschaftsordnung: übergreifende Ziele	18
3.2 Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft	20
3.3 Neue konzeptionelle Herausforderungen: das Paradigma der Nachhaltigkeit	23
4 Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft	26
4.1 Gerechtigkeit	26
4.2 Freiheit	28
4.3 Dialog der Generationen	30
5 Auf dem Weg zu einer Wirtschaftsordnung für morgen	34
Literatur	39
Veröffentlichungen des Roman Herzog Instituts zum Thema	40



## Mit der Sozialen Marktwirtschaft ins 21. Jahrhundert

Seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, das sich 2015 zum 70. Mal jährt, hat sich in und um Deutschland vieles verändert. Dies stellt unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor immer neue Herausforderungen. Dem wirtschaftlichen Wiederaufbau folgten Phasen struktureller Stagnation und Krisen – etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise nach der Pleite der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 und aktuell die europäische Staatsschuldenkrise. Zuvor galt es in den 1990er Jahren, die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Wiedervereinigung zu bewältigen und die europäische Integration mit der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes umzusetzen.

Aktuell beschäftigen uns noch immer die Auswirkungen der Finanzkrise und die Frage, welche Maßnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Bankensektors ergriffen werden müssen. Der Zusammenhalt in Europa ist durch den drohenden Staatsbankrott einzelner Mitgliedsländer akut gefährdet und erfordert dringend tragfähige Lösungen.

In der Zukunft stehen weitere komplexe Aufgaben an, die sich aus den wirtschaftlichen Megatrends ergeben. Dazu zählen beispielsweise:

- der Umgang mit dem im Zuge der Globalisierung wachsenden Wettbewerbsdruck auf Unternehmen, Staaten und auch jeden Einzelnen;
- die Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels, die Knappheit fossiler Ressourcen und die Energiewende;



Randolf Rodenstock beim Eröffnungstalk mit Moderator Henning Krumrey, stellvertretender Chefredakteur und Leiter des Hauptstadtbüros der WirtschaftsWoche in Berlin

- der Umbau der sozialen Sicherungssysteme, den die demografische Entwicklung nötig macht.

Zudem wandelt sich unsere Arbeitswelt rasant durch die Zunahme des Dienstleistungssektors und die fortschreitende Digitalisierung. Dies wird in absehbarer Zeit die Verschmelzung von Informationstechnologie und Fertigungstechnik zu einem „Internet der Dinge“ ermöglichen – Stichwort Industrie 4.0.

Vor diesem Hintergrund führt der Blick auf die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft zu widerstreitenden Einschätzungen: Einerseits stehen wir momentan (noch) gut da. Andererseits mehren sich Stimmen, die ein Umdenken fordern und unsere Wirtschaftsordnung infrage stellen. So ist die Meinung verbreitet, Markt und Wettbewerb seien schlecht und das „Soziale“ der Marktwirtschaft bestehe lediglich darin, sich um die Kollateralschäden des Systems zu kümmern. Es werden mehr staatliche Interventionen gefordert, wie es sonst eher in Krisenzeiten typisch ist, um die Verbraucher vor den Folgen des „bösen“ Wettbewerbs zu schützen.

In Vergessenheit gerät dabei, dass marktwirtschaftliche Prozesse leistungsgerechte Ergebnisse hervorbringen, die den Ergebnissen staatlicher Steuerung in qualitativer und quantitativer Hinsicht überlegen sind. Aufgabe des Staates ist es, für die richtigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Dazu gehören unter anderem die freie Preisbildung, Privateigentum, Vertragsfreiheit, das Haftungsprinzip sowie eine faire Wettbewerbsordnung und die Sicherung des Wettbewerbs durch die Bekämpfung von Monopolen und Marktmissbrauch. Unsere freiheitlich verfasste Wirtschaftsordnung, die auf diesen Grundsätzen beruht, ermöglicht jedem unabhängig von Herkunft, Gesinnung oder Geschlecht die Teilhabe am Wohlstand. Darin liegt ihr unschätzbare Beitrag zur Gerechtigkeit.

Eine Voraussetzung dafür – und ein Grundgedanke, auf dem unsere Wirtschaftsordnung basiert – ist die Eigenverantwortung in Freiheit: Wir können und müssen den Menschen zutrauen, frei und selbstbestimmt ihr Leben in die Hand zu nehmen. Dieses Prinzip gilt auch für die Wirtschaft: Unternehmer, die ihre gesellschaftliche Verantwortung erkennen und wahrnehmen, sichern das Wohl von Mitarbeitern, Vertrags-



*„Wir haben jeden Grund, uns prinzipiell mit unserer Wirtschaftsordnung auseinanderzusetzen – einmal zu unserer eigenen Versicherung, zum anderen zur Abgrenzung gegenüber anderen Systemen.“*

*Bundespräsident a. D. Roman Herzog*



Das Veranstaltungsvideo finden Sie hier:

<http://www.romanherzoginstitut.de/veranstaltungen/2015/roman-herzog-forschungspreis-2015/video/>

partnern und Gesellschaft. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass sie für unternehmerische Risiken persönlich haften, dass sie mit Blick auf künftige Generationen nachhaltig wirtschaften, sich für faire Arbeitsbedingungen starkmachen und die berufliche Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer fördern. All dies liegt im wohlverstandenen Interesse der Unternehmen.

„Es ist nötig, sich wieder mehr mit den Tatsachen als mit bloßen Annahmen über die Soziale Marktwirtschaft zu befassen“, argumentiert Rolf Rodenstock, Vorstandsvorsitzender des Roman Herzog Instituts (RHI). Die Menschen über die Wirkungszusammenhänge der Sozialen Marktwirtschaft und über die Ethik des Wirtschaftens in verständlicher Weise aufzuklären, ist ein zentrales Anliegen des RHI. Mit dem Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft zeichnet es jedes Jahr Arbeiten junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus, die fundierte

Denkanstöße und Lösungsansätze liefern, um eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft zu gestalten. Durch die Förderung der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft konnte eine der höchstdotierten Auszeichnungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im deutschsprachigen Raum ins Leben gerufen werden.

Dieses Jahr wurde der Preis in Anwesenheit von Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog und vbw Präsident Alfred Gaffal zu gleichen Teilen Dr. Charlotte Bartels, Dr. Inga Cornelia Schad-Dankwart und Jun.-Prof. Dr. Michael Heinz überreicht. Dem vbw Präsidenten zufolge hat die Soziale Marktwirtschaft Deutschland Wohlstand und Arbeitsplätze gebracht – Errungenschaften, um die uns andere Staaten beneiden.

„Wir fordern und fördern besonders solche Ideen und Konzepte, die sich auf interdisziplinäre Weise



Von links: Bundespräsident a. D. Roman Herzog, Nils Goldschmidt (Laudator), Matthias Heinz (Preisträger), RHI-Vorstandsvorsitzender Randolph Rodenstock, Charlotte Bartels (Preisträgerin), Karl Homann (Laudator), Inga C. Schad-Dankwart (Preisträgerin) und Dieter Frey (Laudator)

mit Fragestellungen unserer Wirtschaftsordnung befassen“, sagt Rodenstock. Während Forschungspreise üblicherweise jeweils nur für ein Spezialgebiet vergeben werden, sieht sich das RHI ausdrücklich der Interdisziplinarität verpflichtet. Denn der „Blick über den Tellerrand“ ist oft entscheidend, um zu ungewohnten Sichtweisen und innovativen Lösungen zu kommen. Mit der Auszeichnung von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern will man außerdem gezielt dazu beitragen, im gesellschaftlichen Diskurs

Alt und Jung zusammenzubringen und generationenübergreifendes Denken zu fördern.

In Zukunft, so der RHI-Vorstandsvorsitzende, soll bei der Preisvergabe verstärkt auch die gesellschaftliche Relevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Blick genommen und berücksichtigt werden: „Denn wir brauchen neue Positionen und Perspektiven für unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung, damit wir in Deutschland auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.“

## Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

### 2.1 Wohlfahrtsstaat in der Krise?

*„Trotz häufig geäußerter Befürchtungen haben die Reformen der vergangenen Jahrzehnte die wohlfahrtsstaatliche Versicherung bis heute nicht abgebaut.“*

*Bartels, 2014*

Das System der sozialen Sicherung, wie es sich in der Bundesrepublik etabliert hat, erzeugt auch Fehlanreize, die in eine wirtschaftliche Abwärts-spirale führen können: Durch eine wohlfahrts-staatliche Rundumversorgung besteht die Gefahr, dass immer weniger erwirtschaftet wird und da-durch wiederum die Verteilungsspielräume kleiner werden. In ihrer Dissertation „Versicherung und Anreize im deutschen Wohlfahrtsstaat“ analysiert

Charlotte Bartels, wie der Sozialstaat in diesem Spannungsfeld agiert.

Versicherung und Umverteilung, die beiden grundlegenden Funktionen des Wohlfahrtsstaates, stehen im Mittelpunkt von Charlotte Bartels' dreiteiliger Arbeit. Nach einer Begriffsdefinition und Darlegung des theoretischen Rahmens für

Dr. rer. pol. **Charlotte Bartels**, geboren 1984 in Hamburg, ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin tätig. Die von ihr eingereichte Dissertation wurde im November 2013 im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin vorgelegt und mit *summa cum laude* bewertet. Zwei der drei empirischen Kapitel sind bereits in referierten Fachzeitschriften veröffentlicht.



<http://www.romanherzoginstitut.de/forschungspreis/preistraeger-2015/#uid-59>



*„Wir zeichnen heute die Dissertation von Frau Dr. Charlotte Bartels aus, weil sie einen wichtigen Fortschritt in der von moralisierenden, populistischen und ideologischen Stellungnahmen durchsetzten öffentlichen Diskussion darstellt.“*

*Prof. Dr. Dr. Karl Homann*

staatliche Versicherung und Umverteilung aus ökonomischer Perspektive im ersten Teil liefert sie im zweiten Teil der Arbeit einen historischen Überblick über die Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen in Deutschland und analysiert die Entwicklungen, die zwischen 1982 und 2012 zur Krise des Sozialstaates geführt haben.

**Das meint die Jury:** *„Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entscheidungen zum Mindestlohn verdeutlicht sich, dass sich das Vorurteil einer mangelnden Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland hartnäckig hält. Staatliche Interventionen in den Marktmechanismus werden als zwingend angesehen, um mehr Gerechtigkeit herzustellen. Ausarbeitungen wie die vorliegende Dissertation zeigen aber anschaulich, dass ein Abbau von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen nicht zwangsläufig zu Armut und sozialer Kälte führt. Daher kann die Arbeit einen wertvollen Impuls zur Versachlichung der politischen Debatte liefern.“*

Seit den 1980er Jahren haben die Bundesregierungen jeglicher politischer Couleur Reformen durchgeführt, um leistungshemmende Fehlanreize abzubauen, die sich aus der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung ergeben. Schon unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls wurden Sozialleistungen gekürzt – wie etwa 1984 durch die Senkung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe – und die Deregulierung des Arbeitsmarktes eingeleitet. Die deutsch-deutsche Wiedervereinigung brachte zu Beginn der 1990er Jahre eine kurze Wiederbelebung der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik. Doch durch die hochschnellenden Arbeitslosenzahlen stießen Beschäftigungsmaßnahmen bald an die Grenze der Finanzierbarkeit.

Ab Mitte der 1990er Jahre wurde eine beschäftigungspolitische Trendwende eingeleitet, die erneut darauf abzielte, den Arbeitsmarkt flexibler zu machen und Sozialleistungen zu kürzen. Diese Entwicklung gipfelte schließlich in der Agenda 2010 der Regierung Schröder. Verschärft wurde die Krise des Sozialstaates und dessen zunehmend schwierigere Finanzierbarkeit durch den strukturellen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft: Die Alterung der Bevölkerung, die zunehmende internationale Vernetzung der Märkte und

der technologische Fortschritt stellen das deutsche Rentensystem, die Gesundheitsversorgung und Pflege sowie die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit bis heute vor große Herausforderungen.

Im dritten Teil ihrer Arbeit untersucht die Autorin anhand von Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP), wie sich vor diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund Versicherung und Umverteilung sowie Einkommensrisiken und Arbeitsanreize von Anfang der 1980er Jahre bis 2008 in verschiedenen Bevölkerungsgruppen entwickelt haben. Ihr Fazit lautet: Entgegen häufig geäußerten Befürchtungen ist es nicht zu einem „Ausverkauf“ des Sozialstaates gekommen. Die Reformen haben die Arbeitsanreize verbessert, die Leistungsorientierung verstärkt und die Eigeninitiative gefördert – Letzteres beispielsweise im Bereich der privaten Altersvorsorge. Allerdings haben sie auch die wirtschaftliche Unsicherheit für viele Bürger erhöht. So hat vor allem die steigende Zahl der Alleinlebenden trotz wohlfahrtsstaatlicher Versicherung im Beobachtungszeitraum wachsende Einkommensrisiken hinnehmen müssen. Zudem wurden Charlotte Bartels zufolge die Einkommensunterschiede zwischen den Bürgern immer weniger reduziert. Indes erhöhten sich gleichzeitig die Arbeitsanreize für Alleinlebende ebenso wie für Niedrigverdiener am stärksten.

Ein differenziertes Bild ergibt sich auch beim Blick auf die sozialstaatlichen Grundfunktionen Versicherung und Umverteilung. Die Betrachtung von sieben 20-Jahresperioden von 1983–2002 bis 1989–2008 zeigt, dass der Wohlfahrtsstaat *individuelle* Einkommensschwankungen über einen Zeitraum von 20 Jahren um 49 bis 60 Prozent reduzierte, während er die Einkommensunterschiede *zwischen Personen* lediglich um 34 bis 37 Prozent senkte.

Insgesamt lassen die Untersuchungen den Schluss zu, dass der deutsche Wohlfahrtsstaat der Statussicherung einen deutlichen Vorrang

gegenüber der Umverteilung einräumt. „Über den Lebenszyklus seiner Bürger wandelt er sich vom Armutshelfer in frühen Jahren zum Versicherer in späten Jahren“, folgert Charlotte Bartels und erkennt darin auch den Ausdruck eines gesellschaftspolitischen Konsenses: „Wenn man den Wohlfahrtsstaat als Ergebnis demokratischer Abstimmung interpretiert, ist den deutschen Bürgern die Sicherheit scheinbar wichtiger als Gerechtigkeit im Sinne einer möglichst geringen Einkommensungleichheit.“

Trotz angespannter Haushaltslagen, Globalisierung und andauernden demografischen Wandels kommt sie zu einem positiven Resümee: „Die deutsche Soziale Marktwirtschaft kann für andere europäische Staaten als Beispiel dienen, dass eine ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Absicherung mit einem kompetitiven Arbeitsmarkt mit hoher und stabiler Produktivität vereinbar ist.“



Bundespräsident a. D. Roman Herzog gratuliert der Preisträgerin Charlotte Bartels.

## 2.2 Psychologische Impulse für einen Klassiker

*„Eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Basis der ordoliberalen Grundprinzipien stellt für die Soziale Marktwirtschaft eine erhebliche Chance dar.“*

*Schad, 2014*

Menschliches Denken, Entscheiden und Handeln lenkt alle wirtschaftlichen Prozesse – und dennoch beruhen ökonomische Analysen oft auf realitätsfremden Annahmen über unser Verhalten. Diese Diskrepanz ist der Ausgangspunkt für die Dissertation von Inga C. Schad-Dankwart „Ordnungspolitik für irrationale Menschen. Eine Synthese aus Psychologie und Ordoliberalismus“. In ihrer interdisziplinären Arbeit geht sie der Frage nach, ob die Wirtschafts- und Sozialpolitik psychologische Erkenntnisse stärker berücksichtigen muss und welche Ansatzpunkte sich dafür bieten.

Da der wirtschaftspolitische Ordnungsrahmen auf das Wesen des Menschen abgestimmt sein sollte, liegt die Verbindung der beiden Bereiche Ökonomie – im Speziellen der Wirtschaftspolitik – und der Psychologie nahe, argumentiert die Autorin. Tatsächlich spiele die Psychologie jedoch in der Wirtschaftstheorie keine Rolle. Ökonomischen Theorien liegt vielmehr der Idealtyp des Homo oeconomicus zugrunde, das Bild eines Menschen, „der immer rational entscheidet, ausschließlich auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, Desinteresse an anderen Menschen zeigt,

Dr. rer. pol. **Inga Cornelia Schad-Dankwart**, geboren 1981 in Darmstadt, ist als Referentin im Bereich Unternehmen und Strukturwandel bei der IW Consult GmbH tätig. Die Arbeit wurde als Dissertation am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpsychologie an der Universität zu Köln eingereicht und mit *magna cum laude* bewertet.



<http://www.romanherzoginstitut.de/forschungspreis/preistraeger-2015/#uid-57>

*„In ihrer Arbeit spannt Frau Schad ein weites Feld zwischen Ökonomie und Psychologie, was bisher in dieser ausführlichen und systematischen Form noch nicht bearbeitet wurde.“*

*Prof. Dr. Dieter Frey,  
Ludwig-Maximilians-Universität München*



Verlockungen widersteht, stets weiß, was er will und eigentlich nur arbeitet, um zu konsumieren“ (Schad-Dankwart). Als „irrational“ definiert die Autorin demgegenüber alle Verhaltensweisen, die von diesem Muster abweichen.

Im ersten Teil ihrer Arbeit stellt sie den Eigenschaften des Homo oeconomicus aktuelle Forschungserkenntnisse aus der Psychologie gegenüber, um zu veranschaulichen, wie stark dieses Modell den empirisch beobachtbaren Verhaltensweisen widerspricht. Denn Menschen handeln oftmals eben nicht im unterstellten Sinne rational, berechenbar und stringent, sondern situationsspezifisch. Auch verfolgen sie nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern sind um das Wohl anderer besorgt.

Im Vergleich mit der ordoliberalen Sicht wird deutlich, dass einige der heutigen Erkenntnisse der Verhaltenswissenschaften bereits von Walter Eucken und anderen Vertretern der Freiburger Schule, wie Friedrich August von Hayek und Franz Böhm, in ihren wirtschaftspolitischen Theorien vorweggenommen wurden. Vom neoklassischen Idealbild des Homo oeconomicus sind sie damit weit entfernt.

Im zweiten Teil der Arbeit liegt der Fokus auf der Frage, ob und inwieweit die wirtschaftspolitischen Ideen Walter Euckens und damit der Ordoliberalismus als Basis für eine psychologisch fundierte Wirtschaftspolitik dienen können. Inga C. Schad-Dankwart kommt zu dem Schluss, dass diese zwar vielfach auf zutreffenden Grundannahmen über menschliches Verhalten basieren, jedoch zu Rückschlüssen für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik führen, die „sowohl Diskussionsbedarf wecken als auch Optimierungsbedarf erkennen lassen“.

**Das meint die Jury:** *„Die Arbeit führt ordoliberales Denken und Erkenntnisse aus der Wirtschafts- und Sozialpsychologie zusammen. [...] Dieser Ansatz verdient Beachtung und kann [...] dazu beitragen, Unzufriedenheit und Unmut im Kontext der Sozialen Marktwirtschaft zu bekämpfen und so den Rückhalt unseres Wirtschaftssystems in der Gesellschaft zu steigern.“*



Randolf Rodenstock und Dieter Frey freuen sich mit der Preisträgerin Inga C. Schad-Dankwart über die Auszeichnung.

So werde zwar in den wirtschaftspolitischen Theorien Euckens grundsätzlich anerkannt, dass Menschen undiszipliniert seien und die Neigung zum sozialen Vergleich hätten. In einem ordoliberalen Wirtschaftsrahmen bedeute dies aber, dass zum Beispiel das Privateigentum soziale Vergleichsprozesse fördere. Das mache es für Menschen mit mangelnder Selbstkontrolle noch schwieriger, Versuchungen zu widerstehen, die ihnen eine kurzfristige Besserstellung in Aussicht stellten – langfristig aber schaden. Auch die Möglichkeit, sich frei zu entscheiden und zwischen zahlreichen Angeboten zu wählen, verstärke die Probleme, die durch mangelnde Selbstkontrolle entstehen könnten. Das Defizit ordoliberaler Wirtschaftspolitik, so Inga C. Schad-Dankwart, liege darin, solche Tendenzen eher zu fördern als zu verhindern.

Die Autorin folgert, „dass die Gestaltung der Wirtschaftspolitik in einer irrationalen Welt komplexer ist als in einer rationalen Welt, weil Emotionen, Heuristiken, Intuition und verzerrte Wahrnehmungen berücksichtigt werden müssen“. In diesem Zusammenhang beleuchtet sie auch die Ideen des libertären Paternalismus und nimmt eine

kritische Würdigung dieser seit einigen Jahren populären wirtschaftspolitischen Denkschule vor. Sie erkennt darin erste Ansätze, wie die Wirtschaftspolitik die psychologischen Erkenntnisse bezüglich des menschlichen Verhaltens berücksichtigen kann. Zugleich bemängelt sie aber, dass den libertär-paternalistischen Ideen ein normatives Fundament fehlt und sie deshalb häufig willkürlich erscheinen.

Der letzte Teil ihrer Dissertation erörtert, wie eine psychologisch basierte Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Fundament des Ordoliberalismus praktisch aussehen könnte und welche Möglichkeiten und Grenzen damit verbunden sind. Im Hinblick auf Politikfelder wie dem Umwelt- oder Verbraucherschutz zeigt sie Gestaltungsspielräume sowie sich daraus ergebende Probleme auf. Ihre Ausführungen versteht sie nicht als konkrete wirtschaftspolitische Empfehlungen, sondern als Diskussionsgrundlage für weitere Forschungsarbeiten. Insgesamt zieht sie den Schluss, dass „die Stärke, die dem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft eigen ist, durch die Berücksichtigung psychologischer Erkenntnisse wieder neu entdeckt“ werden kann.

### 2.3 Personalabbau in Unternehmen: zwischen Wahrnehmung und Wirkung

*„Es scheint [...] in Deutschland eine allgemeine Überzeugung zu geben, dass Globalisierung und ausländische Firmen schlecht für Arbeitsplätze sind.“*

*Heinz, 2014*

Genauso wie der Aufbau von Beschäftigung gehört auch der Abbau von Arbeitsplätzen zum Wesen der Marktwirtschaft. Die Erweiterung der Europäischen Union, der Wegfall internationaler Handelsschranken und neue Technologien tragen dazu bei, dass der Wettbewerbsdruck auf Unternehmen ständig zunimmt und hierzulande im Schnitt jeden vierten Tag Entlassungen bekannt gegeben werden müssen. Wie Stellenstreichungen in den Medien kommentiert und in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und welche Folgen Entlassungen für die Produktivität der betroffenen Unternehmen haben, untersucht

Matthias Heinz in seiner Forschungsarbeit „Empirical Studies in Personnel and Media Economics“ (Empirische Untersuchungen zur Personal- und Medienökonomik).

Dabei nähert er sich dem Thema aus drei Perspektiven: die Berichterstattung über Stellenabbau in überregionalen Tageszeitungen, die Produktivitätssteigerung nach Entlassungen und die Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Krisenzeiten.

Jun.-Prof. Dr. **Matthias Heinz**, geboren 1983 in Bendorf/Rhein, ist als Junior-Professor für Personalwirtschaft an der Universität zu Köln tätig. Die prämierte Forschungsarbeit entstand als Dissertation im Rahmen einer wissenschaftlichen Tätigkeit am Lehrstuhl für Personalwirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt und wurde mit *summa cum laude* bewertet.



<http://www.romanherzoginstitut.de/forschungspreis/preistraeger-2015/#uid-60>



*„Herrn Heinz‘ Arbeiten zeichnen sich durch Originalität und ein sehr hohes wissenschaftliches Niveau aus. Wir können auf seine weitere Karriere sehr gespannt sein.“*

*Prof. Dr. Nils Goldschmidt,  
Universität Siegen*

Im ersten Teil weist Matthias Heinz nach, dass in deutschen Medien über Stellenstreichungen nicht objektiv informiert wird. Für seine Analyse wertete er über 5.000 Artikel aus, die in den Jahren 2000 bis 2008 in der Tageszeitung „Die Welt“ erschienen waren. Anschließend hat er die Daten von einem Meinungsforschungsinstitut für eine qualitative Evaluation der Berichte genutzt und verglich über einen Zeitraum von fünf Monaten die Berichterstattung über Stellenstreichungen in verschiedenen überregionalen Tageszeitungen miteinander. Sein Ergebnis: Wenn ausländische

Unternehmen in Deutschland Mitarbeiter entlassen, fällt die Berichterstattung darüber quantitativ und qualitativ deutlich negativer aus als über vergleichbare Entlassungen bei inländischen Firmen. Darüber hinaus zeigt Matthias Heinz, dass in deutschen Tageszeitungen etwa zehn- bis zwanzigmal so viele Artikel über Stellenstreichungen von Unternehmen im Vergleich zu Stellenschaffungen publiziert werden.

Aus verschiedenen Fallstudien zieht Matthias Heinz die Schlussfolgerung, dass ausländische Unternehmen, die aufgrund von Stellenstreichungen in die Schlagzeilen geraten, von Konsumenten negativ wahrgenommen und gemieden werden. Diese Akzeptanzprobleme können schließlich sogar die Investitionsentscheidungen der ausländischen Firmen beeinflussen – beispielsweise wenn es darum geht, in Betriebe im Konsumgüterbereich zu investieren oder Unternehmen zu kaufen, bei denen zukünftige Stellenstreichungen wahrscheinlich sind. Als Möglichkeit, diese „verhaltensökonomische Investitionshürde“ zu mildern, empfiehlt der Autor breit angelegte Informationskampagnen, bei denen die Bürger verstärkt über die positiven Seiten der Globalisierung informiert werden.

**Das meint die Jury:** *„Der Beitrag zur Weiterentwicklung unseres Wirtschaftssystems ist unter anderem darin zu sehen, dass der Autor anhand der Untersuchungen zur verzerrten Presseberichterstattung aufzeigt, dass nach wie vor Ressentiments gegenüber der Globalisierung in der Bevölkerung bestehen und an diesem Punkt entsprechend angesetzt werden muss, indem über positive Effekte der Globalisierung verstärkt informiert wird.“*

Wenn schon Konsumenten negativ auf Medienberichte über Stellenabbau reagieren, wie sieht dann erst die Reaktion von Mitarbeitern aus, die befürchten müssen, von Stellenstreichungen direkt betroffen zu sein? Welche Auswirkungen könnte ihr Verhalten auf die Produktivität von Firmen nach dem Abbau von Stellen haben?

Diesen Fragen geht Matthias Heinz im zweiten Teil seiner Arbeit nach. Er berechnete daher die Produktivität der 500 größten deutschen Unternehmen anhand von Daten aus dem Zeitraum von 2001 bis 2007 (detaillierte Finanzkennzahlen der Amadeus Datenbank und Daten aus eigenen Erhebungen). Es zeigt sich, dass in den Unternehmen, die Stellen gestrichen haben, die Produktivität in den Jahren danach nicht – wie zu erwarten gewesen wäre – gestiegen ist. Vielmehr ergibt sich ein differenziertes Bild, je nachdem wie der Stellenabbau begründet wird: Bei Firmen, die Stellen streichen (müssen), weil es zu Absatzeinbußen am Markt gekommen ist, bleibt die Produktivität konstant. Werden Arbeitsplätze abgebaut, um die Effizienz des Personaleinsatzes zu erhöhen, bricht die Produktivität nach den Stellenstreichungen ein. „Eine mögliche Begründung für die Unterschiede in der Entwicklung der Produktivität zwischen den Firmen könnte im Verhalten der Arbeitnehmer liegen. Entscheidungen von Arbeitgebern, Stellen nach Absatzeinbrüchen am Markt zu streichen, sind vermutlich leichter für Arbeitnehmer nachzuvollziehen als Stellenstreichungen zur Steigerung der Effizienz“, so der Autor.

Mit eigenen Laborexperimenten weist er nach, wie es zu diesem Phänomen kommt. Dabei zeigte sich, dass nicht entlassene Arbeitnehmer ihre Leistung um mehr als 40 Prozent verringerten, wenn sich ihr Arbeitgeber für einen Stellenabbau *entschied*. Wurde die Maßnahme von den Arbeitnehmern als Strategie zur Profitmaximierung interpretiert, sank ihre Arbeitsleistung sogar noch weiter. Sah der Arbeitgeber sich dagegen – etwa aufgrund einer Krise – *gezwungen*, Stellen



vbw Präsident Alfred Gaffal überreicht den Preis an Matthias Heinz.

zu streichen, blieb die Leistung der nicht entlassenen Mitarbeiter konstant. Entschied sich ein Arbeitgeber trotz Krise gegen den Stellenabbau, wurde dies mit einem Anstieg der Leistungen honoriert. „Arbeitgeber sollten sich der möglichen negativen Reaktionen von Arbeitnehmern auf Stellenstreichungen bewusst sein [...] und diese in ihre Entscheidung einfließen lassen. Eine offene Diskussionskultur in Unternehmen, in der sich Führungskräfte die Meinung von verschiedenen Parteien einholen, könnte helfen, Fehlentscheidungen zu vermeiden“, folgert Matthias Heinz.

Dem Einfluss von Krisen auf das Arbeitnehmerverhalten widmet Matthias Heinz den letzten Teil seiner Arbeit. Seine experimentellen Studien zeigen, dass sich die Bedrohung durch eine Krise positiv auf die Kooperation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auswirkt. Mitarbeiter sind bereit, ihre Arbeitgeber zu unterstützen, wenn das Unternehmen insgesamt in eine Krise geraten ist. Eine zentrale Rolle spielt dabei, ob schon vorher eine gute Beziehung zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten bestanden hat.

Christoph M. Schmidt<sup>1</sup>

## Freiheit und Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft

Im Jahr 2015 steht die Weltwirtschaft immer noch unter dem Eindruck der großen Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahr 2009 zum stärksten Einbruch der Wirtschaftsleistung seit der Großen Depression Anfang der 1930er Jahre geführt hatte. In den vergangenen Jahren wurde die Weltwirtschaft dabei vor allem von der Krise im Euroraum gehemmt, und es ist keineswegs ein Ende des verhaltenen Wachstums abzusehen. Im Gegenteil: Die gleichermaßen kompromisslose wie realitätsferne Verhandlungstaktik der radikal linken griechischen Syriza-Regierung hat Europa im Sommer 2015 in eine neue Phase der Ungewissheit gezwungen. Daran zeigt sich beispielhaft, wie sehr die wirtschaftspolitischen Herausforderungen mittlerweile durch die Einbindung einzelner Volkswirtschaften in internationale Zusammenhänge geprägt werden. Den Konsequenzen dieser Vernetzung zu entkommen, ist nicht mehr vorstellbar.

Angesichts dieser starken internationalen makroökonomischen Einbettung zeichnet sich die konkrete Erfahrung einzelner Volkswirtschaften durch eine bemerkenswerte Vielfalt aus. Selbst in der alle Mitgliedstaaten des Euroraums gleichzeitig betreffenden Krise unterscheiden sich beispielsweise die jeweiligen Arbeitslosenquoten erheblich. Diese Vielfalt offenbart nicht zuletzt die Stärken und Schwächen der jeweiligen Grundordnung dieser Ökonomien. In der großen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte sich die deutsche Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren vergleichsweise widerstandsfähig, ganz im Gegensatz zu den Einschätzungen vor der Krise – unter ande-

rem auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR, 2009).

Diese Widerstandsfähigkeit dürfte zumindest zum Teil auf die deutsche Wirtschaftsordnung zurückzuführen sein, die Soziale Marktwirtschaft. Diese Wirtschaftsordnung ist ein lernendes System, das sich bislang immer wieder aus eigener Kraft an neue Herausforderungen angepasst hat. Entscheidend dafür ist wohl, dass sie nicht nur durch die Politik, sondern auch und vor allem durch Wirtschaftsakteure geformt wird. Diese Wirtschaftsordnung weist dem Staat zwar die Verpflichtung zu, mit einem klaren Rahmen wirtschaftlichem Handeln Orientierung zu geben, sieht aber als ihren Markenkern die Entfaltung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft frei handelnder – und damit zu weiten Teilen für ihr wirtschaftliches Schicksal selbst verantwortlicher – Akteure vor. Es lohnt sich daher, einen Schritt zurückzutreten und etwas grundsätzlicher zu fragen: Welche Elemente machen diese Wirtschaftsordnung aus und warum sind sie einzeln und in ihrer Gesamtheit relevant und konstruktiv?

Um diese Diskussion in etwas abstrakterer Form zu unterfüttern, werde ich drei Punkte diskutieren. Als Ausgangspunkt dient die Frage nach den übergreifenden Zielen, welche die Suche nach einem geeigneten Wirtschaftsmodell leiten sollten (Kapitel 3.1). Doch die Einigkeit über die Ziele besagt noch wenig darüber, wie sie wohl am besten erreicht werden können. In Kapitel 3.2 werde ich argumentieren, dass das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft eine gute Antwort auf die Frage der Umsetzung wohlmeinender übergreifender Ziele in staatliches Handeln darstellt.<sup>2</sup> Dabei gehe ich kurz auf die bewährten Prinzipien ein, die das Wirtschaftsmodell der Sozialen

<sup>1</sup> Dieser Beitrag lehnt sich an Schmidt (2013) an und entwickelt die dort vorgetragenen Argumente fort. Ich bedanke mich herzlich bei Wim Kösters, Nils aus dem Moore, Benjamin Scharnagel, Benjamin Weigert und Lina Zwick für ihre konstruktiven und hilfreichen Kommentare.

<sup>2</sup> Aus der Fülle der Schriften zur Sozialen Marktwirtschaft und den Erfahrungen mit ihr, von denen dieser Beitrag vielfach zehrt, seien als kleiner Ausschnitt hier nur die Beiträge von Watrin (1979), Kösters (1990a; 1990b), Schlecht (1990; 2001) und Tietmeyer (2010) herausgegriffen.



Marktwirtschaft konstituieren. Sie sehen im Kern einen Staat vor, der als starker Schiedsrichter den Rahmen für individuelles Handeln vorgibt, sich selbst aber in der Regel nicht als Akteur in das Geschehen im Markt einmischt.

Schließlich erläutere ich in Kapitel 3.3, wie dieses Modell angepasst werden muss, um die neuen globalen Herausforderungen zu bewältigen. Dabei dient das Leitbild der Nachhaltigkeit als gedanklicher Anker. Es zeigt sich, dass die Wirkmächtigkeit nationalstaatlichen Handelns in einer sich immer mehr globalisierenden Welt zwar stetig abnehmen mag, dass es aber nach wie vor richtig ist, bei der Lösung der globalen Probleme auf individuelle Freiheit und Verantwortung zu setzen.

Prof. Dr. **Christoph M. Schmidt**, geboren 1962 in Canberra/Australien, ist seit 2002 Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum. Im Frühjahr 2009 wurde er in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen, seit März 2013 ist er dessen Vorsitzender. Von 2011 bis 2013 war er Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages.

### 3.1 Die Suche nach einer geeigneten Wirtschaftsordnung: übergreifende Ziele

Um die gedankliche Suche nach einer guten Wirtschaftsordnung systematisch führen zu können, lohnt es sich, einen in der ökonomischen Analyse häufig eingesetzten gedanklichen Kniff zu verwenden: Man nimmt die abgehobene Perspektive eines – natürlich fiktiven – wohlmeinenden sozialen Planers ein. Dieser würde vermutlich die Frage stellen, welche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den idealen Rahmen für gesellschaftlichen Fortschritt darstellt. Dazu muss er sich zuerst darüber klar werden, wie sich der Anspruch eines derartigen Fortschritts in gesamtwirtschaftliche Zielgrößen übersetzen lässt. Meiner Einschätzung nach würden drei übergreifende, ineinander verwobene Ziele die Suche nach einer solchen Wirtschaftsordnung prägen:

**Wirtschaftliche Prosperität.** Ein erstes Ziel betrachtet den durchschnittlichen (materiellen) Wohlstand in der Gesellschaft. Technisch gesprochen geht es dabei um die Position der Häufigkeitsverteilung der Einkommen auf einem Spektrum von „armen“ bis „reichen“ Volkswirtschaften. Der materielle Wohlstand einer Volkswirtschaft sollte im Einklang mit den vorhandenen organisatorischen und technischen Möglichkeiten steigen,

die im Normalfall ihrerseits stetig und mit nennenswerten Wachstumsraten zunehmen.

Will man diese Grenze des jeweils Möglichen erreichen, dann sollte mit den knappen Ressourcen, die zur Erwirtschaftung der gesamtwirtschaftlichen Leistung zur Verfügung stehen, effizient umgegangen werden. Allein aus dieser Einsicht heraus verbietet sich schon weitgehend ein detailliertes staatliches Eingreifen ins Wirtschaftsgeschehen. Denn staatliche Akteure – wie es das traurige Schicksal der ehemaligen Planwirtschaften des Ostblocks eindrucksvoll demonstriert hat – verfügen schlichtweg über weniger Informationen als dezentral handelnde Akteure.

Es gilt also, diejenigen Chancen auf Fortschritt so weit wie möglich zu nutzen, die dadurch entstehen, dass sich die Grenze des menschlichen Wissens immer weiter nach außen verschiebt. Denn menschliche Kreativität und Leistungsbereitschaft sind erfahrungsgemäß eine unerschöpfliche Quelle neuer Einsichten und innovativer Lösungsansätze. Diese Chancen sind ihrerseits keine von außen unverrückbar vorgegebene Größe, sondern entstehen als Ergebnis gezielter Bemühungen der Akteure in Wissenschaft und Wirtschaft, immer wieder Lösungen für alte und neue Herausforderungen zu finden.



Die Anreize dazu, diesen Fortschritt voranzutreiben, und die Aussichten darauf, dabei erfolgreich zu sein, werden dabei tendenziell umso größer sein, je mehr in die in einem weiten Sinne definierte Infrastruktur investiert wird. Dabei geht es um die Gesamtheit von

- Investitionen in physisches Kapital und Humanvermögen,
- Investitionen in die Innovationsfähigkeit und
- Investitionen in administrative Kapazität.

**Kohärenz und Fairness.** Zweitens würden wir gern in einer Gesellschaft leben, die nach allgemeiner Einschätzung kohärent und fair ist: Sie bietet einen gewissen Schutz gegen schlechte Ausgangsbedingungen und ermöglicht bei fehlenden individuellen Ressourcen dennoch sinnvolle wirtschaftliche Investitionen, etwa in Bildung. Technisch gesprochen geht es dabei um die Spreizung der Prosperitätsverteilung. Das Streben, die Spreizung dieser Verteilung zu dämpfen, sollte jedoch nicht mit dem Wunsch gleichgesetzt werden, dass wirtschaftliche Aktivität immer gleichförmige Resultate liefert. Denn es ist anzuerkennen, dass die Übernahme von Risiken positive und negative Konsequenzen haben kann. Es gilt somit, negative Konsequenzen im Prinzip zuzulassen, gleichzeitig jedoch ein im gesellschaftlichen Konsens festgelegtes Mindestmaß an sozialer Absicherung zu gewährleisten.



Eine solche Wirtschaftsordnung baut auf Fairness auf und sorgt für gesellschaftliche Akzeptanz. Nur so kann eine Wirtschaftsordnung nachhaltig sein, denn sie muss von der Akzeptanz ihrer Bürger getragen werden. In der Praxis besteht immer ein Abwägungsproblem zwischen der Korrektur von Marktergebnissen, um den Anspruch der Fairness zu verwirklichen, und der Bereitstellung angemessener Anreize, um solche Marktergebnisse zu erzielen, die dem oben formulierten Anspruch der volkswirtschaftlichen Effizienz genü-



gen. Nicht zuletzt dürften die Gewähr individueller Freiheit und die Einforderung von Verantwortung für die eigene wirtschaftliche Situation Elemente der sozialen Teilhabe sein, die für die Akzeptanz der Wirtschaftsordnung förderlich sind. Besonders wichtig ist es, den Bürgern ausreichende Möglichkeiten zu bieten, um sich auf der sozialen Leiter nach oben zu arbeiten. Der soziale Aufstieg sollte immer möglich sein. Ansonsten ist eine Wirtschaftsordnung auf Dauer für ihre Bürger nicht akzeptabel.

**Schutz in Krisensituationen.** In „normalen“ Zeiten dürften die Gewährleistung einer effizienten und somit im Einklang mit dem Stand des menschlichen Wissens wachsenden Volkswirtschaft und die Sicherstellung einer insgesamt kohärenten Gesellschaft die wichtigsten Ziele des fiktiven wohlmeinenden sozialen Planers darstellen. Doch es wird in Marktwirtschaften nahezu unvermeidlich ab und an ernsthafte Krisen geben. Denn wer nennenswerte Schwankungen um den volkswirtschaftlichen Wachstumspfad völlig ausschließen wollte, müsste in Kauf nehmen, dass dieser Pfad äußerst flach verläuft. Dies würde allerdings das Ziel der wirtschaftlichen Prosperität infrage stellen. Es gilt daher, sich auf das Auftreten von Krisen vorzubereiten.

Die ideale Wirtschaftsordnung sollte daher drittens in der Lage sein, in solchen außergewöhnlichen Zeiten gerade denjenigen Schutz zu gewähren, die am wenigsten imstande sind, sich aus eigener Kraft vor deren negativen Auswirkungen zu schützen. Sie muss dies aber leisten können, ohne den aus Krisen erwachsenden und den Fortschritt wiederum antreibenden Wandel zu hemmen oder gar zu verhindern. Der Schutz der Schwächsten in Krisensituationen ist eine eigenständige Herausforderung, die über die Gewährleistung einer nicht allzu sehr gespreizten Prosperitätsverteilung hinausgeht.

Gemeinsam bilden die drei Ziele – wirtschaftliche Prosperität, Kohärenz und Fairness sowie

Schutz in Krisensituationen – die Grundlage für einen modernen Sozialstaat. Denn das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe erschöpft sich keineswegs in der Umverteilung der Einkommen, also der Reduktion der Spreizung der Prosperitätsverteilung, und der Unterstützung für die in Krisen besonders benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft. Es beginnt vielmehr bei der Frage, wie eine dauerhaft funktionierende Wirtschaftsordnung eingerichtet werden kann, die mit den volkswirtschaftlichen Ressourcen effizient umgeht und dadurch erst allen Mitgliedern der Gesellschaft ein hohes Prosperitätsniveau ermöglicht.

### 3.2 Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Aus den in Kapitel 3.1 vorgetragenen abstrakten Argumenten folgt, dass die beste Wirtschaftsordnung eine geeignete Mischung aus Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich ist, bei der die Sicherstellung einer funktionierenden Marktwirtschaft keine Randerscheinung, sondern den Kern der Ordnung bildet. Die Soziale Marktwirtschaft stellt diese geeignete Mischung dar, indem sie auf eine angemessene Balance abzielt zwischen Wettbewerbsorientierung und solchen Mechanismen, die dem sozialen Ausgleich dienen. In diesem Konzept fängt das „Soziale“ ausdrücklich bereits bei der Sicherstellung einer funktionierenden Wirtschaftsordnung an. Dabei gewährt der Staat den Akteuren auf dem Markt nicht zuletzt in dem Sinne große Freiheit, dass er nicht alle konkreten Elemente des Handlungsrahmens festsetzt, sondern dies in weiten Teilen an die Akteure delegiert.

Die wichtigste Quelle der wirtschaftlichen Prosperität, die in diesem System zum Wirken gebracht wird, ist die Privatinitiative – von Unternehmern, Arbeitnehmern, Wissenschaftlern und anderen Akteuren. Es handelt sich um nichts weniger als um die Anwendung der Prinzipien des liberalen

Verfassungsstaates auf die Wirtschaftspolitik (Kösters, 1990a): Der Staat hat das Recht und die Verpflichtung, die Spielregeln des wirtschaftlichen Geschehens zu bestimmen, aber er legt keine Marktergebnisse im Einzelnen fest. Das Ziel einer kohärenten und fairen Gesellschaft wird stattdessen in einer zeitlich parallel organisierten, aber gedanklich nachgelagerten Korrektur der Marktergebnisse verfolgt. Vergleicht man diese Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft mit den abstrakt formulierten übergreifenden Zielen des hypothetischen wohlmeinenden sozialen Planers, dann wird deutlich, wie sehr diese Grundordnung der Erfüllung dieser einzelnen Ziele dienen und die angestrebte Balance verwirklichen kann.

Zwei grundlegende Eigenschaften sind für das Vorhaben zentral, die Volkswirtschaft als eine funktionierende Marktwirtschaft auszurichten: der Wettbewerb auf den Faktor- und Gütermärkten und die freie Beweglichkeit der Preise. Auf diese

Weise wird die effiziente Allokation knapper Ressourcen und rasches Prosperitätswachstum gewährleistet. Der Markt ist letztlich nichts anderes als ein in vielen Fällen besonders leistungsfähiges Koordinationsinstrument, das die Interessen, Einschätzungen und Absichten einer Vielzahl von Akteuren zu einem effizienten Gesamtergebnis führt. Diese Koordination würde hingegen durch detaillierte staatliche Planung und die damit verbundenen umfassenden Eingriffe in das Preis-system aller Erfahrung nach niemals mit auch nur annähernd ähnlichem Erfolg zu erreichen sein.

Doch über die Souveränität, sich eines detaillierten Eingreifens in das Wirtschaftsgeschehen zu enthalten, hinaus hat der Staat eine äußerst wichtige und alles andere als leichte Aufgabe. Er muss sicherstellen, dass die Spielregeln tatsächlich eingehalten werden und die wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft funktionsfähig bleibt. Als Mindestvoraussetzung dafür, dass der Staat





diese Rolle erfolgreich ausfüllt, müssen dessen eigene Handlungen stabil und vorhersagbar sein. Ein wichtiges staatliches Handlungsfeld ist die Sorge um Wettbewerb auf allen relevanten Märkten – durch eine Bekämpfung von Marktmacht, Kartellen, Preisabsprachen – und eine Abwehr von Versuchen, staatliche Kräfte für Partikularinteressen einzuspannen, im nationalen wie internationalen Kontext.

Der Staat ist zudem dafür verantwortlich, für eine stabile Währung zu sorgen und das Preisniveau stabil zu halten. Wie die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts eindrucksvoll gezeigt haben, gefährdet eine hohe Inflation die soziale Balance und kann zu politischen Turbulenzen führen. Die Wirtschaftspolitik ist daher aufgefordert, eine stabilisierende Rolle zu spielen. Dies kann durch die Gestaltung einer nachhaltigen Währungsordnung geschehen, aber auch durch gezielte Geld- und Fiskalpolitik. Mittlerweile haben wir erkannt, dass die Wirkungsmacht staatlichen Handelns bei der zweiten Möglichkeit schon aufgrund von

Erkenntnisproblemen äußerst begrenzt ist und gut gemeinte Versuche zu schlechten Ergebnissen führen können.

Der Staat steht auch in der Verantwortung, für soziale Kohärenz, also für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, zu sorgen, indem er die Marktergebnisse zielgerichtet korrigiert und die Rahmenbedingungen so setzt, dass sozialer Aufstieg aufgrund einer Gleichheit der Chancen möglich ist. Denn nur dann, wenn die Bürger den festen Eindruck haben, dass Fairness und soziale Gerechtigkeit vorherrschen, werden sie das praktizierte Gesellschaftsmodell langfristig akzeptieren. In der Konsequenz wird die Soziale Marktwirtschaft insbesondere durch ein umfassendes System von Steuern und Transfers vervollständigt, das die Marktergebnisse nach dem vorherrschenden gesellschaftlichen Konsens korrigiert. In diesem Sinne entspricht auch der implizite Mindestlohn, der durch die soziale Grundsicherung definiert wird und in Deutschland sehr effektiv und zielgenau der Bekämpfung von Armutsgefährdung dient, den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Ganz anders steht es um den allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn, der mittlerweile – trotz aller damit verbundenen Risiken – als direkter Eingriff in das Preissystem gesetzlich implementiert wurde.

Darüber hinaus hat der Staat die Aufgabe, die Infrastruktur zu organisieren, die es den einzelnen Akteuren in Wirtschaft und Wissenschaft erst ermöglicht, ihre Kreativität und Leistungsbereitschaft auszuleben. Dabei geht es einerseits um die physische Infrastruktur, etwa das Verkehrsnetz, und die Sicherstellung effizienten und verlässlichen Verwaltungshandelns. Andererseits geht es – gerade in einem an natürlichen Ressourcen armen Land wie Deutschland – darum, durch die Förderung von Bildung, Forschung und Wissenstransfer eine umfassende Infrastruktur für Innovationen bereitzustellen. Nicht sonderlich zielführend dürfte es dabei wiederum sein, die Forschung im Detail steuern zu wollen.

Hier gilt im Besonderen, was für wirtschaftliches Handeln im Allgemeinen gilt: Individuelles Handeln ist angesichts der Unwägbarkeiten einer komplexen Welt nichts anderes als ein Entdeckungsprozess – mit den entsprechenden Chancen und Risiken. Dessen Erfolgsaussichten kann man zwar durch kluge Rahmensetzung seitens des Staates steigern, wohl aber auch durch ungeeignetes staatliches Eingreifen mindern.

### 3.3 Neue konzeptionelle Herausforderungen: das Paradigma der Nachhaltigkeit

Seit der Begründung der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hat sich die Welt stark verändert. Neue Eindrücke, Herausforderungen und Allianzen entstehen in immer schnellerem Rhythmus. Die politischen Herausforderungen haben immer häufiger globalen Charakter, etwa die Sicherstellung dauerhaft stabiler Finanzmärkte, die nach entsprechenden internationalen Regelungen und Aufsichtsmechanismen verlangt. Dabei wird häufig der Ruf nach einer Einschränkung individueller Freiheiten laut, um übergreifende gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Der Klimawandel ist dafür ein weiteres herausragendes Beispiel. Er ist ein genuin globales Problem, da die ihn verursachenden Treibhausgas-Emissionen keine Ländergrenzen beachten. Damit ist eine rein national betriebene Klimaschutzpolitik weitgehend nutzlos (Sinn, 2008). Stattdessen bedarf es einer globalen Allianz gegen den Klimawandel.

Eine leistungsfähige Wirtschaftsordnung muss angesichts dieser sich ständig verändernden Herausforderungen in der Lage sein, von ihren Erfolgen und Fehlern zu lernen und sich an neue Gegebenheiten ohne größere Friktionen anzupassen. Mein fester Eindruck ist, dass die Soziale Marktwirtschaft genau dazu bestens in der Lage ist. Denn die ihr zugrunde liegenden Einsichten

genießen übergreifende Gültigkeit: Erstens wird man aus sozialpolitischer Sicht in einer fairen und kohärenten Gesellschaft immer nur die Prosperität, die durch wirtschaftliche Aktivitäten geschaffen wurde, verteilen können. Zweitens bleibt es häufig – dem Prinzip der Subsidiarität folgend – der beste Weg, dem Einzelnen zu helfen, sich selbst zu helfen. Die neuen globalen Herausforderungen erfordern keine Abkehr von diesen Einsichten, sondern eine Ergänzung des Handlungsrahmens durch internationale Vereinbarungen von Staaten, beispielsweise zur Reduktion von Treibhausgasen.

Mittlerweile haben wir zudem in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs eine alte Grundeinsicht der Ökonomik wiederentdeckt, die in den Jahrzehnten des wirtschaftlichen Aufstiegs der entwickelten Volkswirtschaften etwas aus dem Blick geraten war: Prosperität bedeutet mehr als materielles Wachstum (CAE/SVR, 2010; Enquete-Kommission, 2013). Menschliche Wohlfahrt und Glück beruhen neben den nach wie vor keineswegs irrelevanten materiellen Aspekten auf nicht-materiellen Facetten der Lebensqualität und darauf, dass aktuelles Handeln nachhaltig ist. Das moderne Leitbild der Nachhaltigkeit umfasst dabei drei Bereiche:

- **Ökonomische Nachhaltigkeit.** Ein zentraler Aspekt ist die Nachhaltigkeit der öffentlichen Schulden. Nur wenn es dem Staat gelingt, eine übermäßige Verschuldung zu vermeiden, wird er in der Zukunft genügend Spielraum haben, um gezielt handeln zu können, wenn es darauf ankommt. Ein weiteres zentrales Handlungsfeld sind private Kapital- und Kreditmärkte, auf denen systemische, die ganze Volkswirtschaft destabilisierende Finanzkrisen vermieden werden sollten. Und schließlich geht es darum, die Voraussetzungen für künftige Prosperität zu schaffen. Dies erfordert unter anderem hinreichende Investitionen in physisches Kapital und Humanvermögen sowie in die Fähigkeit zu Innovationen.



Mitglieder des RHI-Vorstands: Ehrenvorsitzender Roman Herzog, vbw Präsident Alfred Gaffal und Christian Joh. Tipecska

- **Soziale Nachhaltigkeit.** Hier steht bei einem sich ständig wandelnden Handlungsumfeld die stetige Anpassung der Balance zwischen Effizienz und sozialem Ausgleich im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses. Dabei geht es nicht zuletzt um das Ermöglichen von Scheitern und Erholung (eine „zweite Chance“) als Grundvoraussetzung für die Übernahme von Risiken. Auf der globalen Ebene hat sich beispielsweise in den Verhandlungen um den Klimaschutz gezeigt, dass nur solche Lösungen die Akzeptanz der Weltgemeinschaft erhalten, bei denen den bislang nicht industrialisierten Ländern entweder ermöglicht wird, ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung weiter voranzutreiben, oder sie bei Verzicht auf Wachstumschancen zugunsten des Klimaschutzes von den wohlhabenden Volkswirtschaften entsprechend kompensiert werden (Sinn, 2008).
- **Ökologische Nachhaltigkeit.** Das wirtschaftliche Handeln der Menschheit sollte die ökologischen Grenzen der Erde respektieren. Das bedeutet, die endliche Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen und die begrenzte Absorptionsfähigkeit sogenannter Senken (zum Beispiel des Amazonas-Regenwalds als eines globalen Speichers für Kohlendioxid-Emissionen) zu berücksichtigen. Durch diese Aspekte gerät der Nationalstaat an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit – und muss durch internationale Koordination ergänzt werden. Eine solche Koordination kann von den Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft lernen, vor allem im Hinblick auf die Vorzüge des Marktmechanismus als Koordinationsinstrument und die Fruchtbarkeit der gedanklichen Trennung des Strebens nach volkswirtschaftlicher Effizienz von dem Bemühen um sozialen Ausgleich.

Es ist angesichts dieser Einsichten überhaupt nicht zielführend, eine „große Transformation“ anzustreben, wie sie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU, 2011) vorgeschlagen hat. Diese würde durch politische Vorgaben die Veränderung von wirtschaftlichen Aktivitäten und Lebensstilen im Einzelnen erzwingen und dabei die individuelle Handlungsfreiheit massiv einschränken, um im Sinne einer konkret gestaltenden „Weltinnenpolitik“ (Nuscheler, 2012) die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren. Stattdessen dürfte der beste Ansatz des globalen Klimaschutzes darin liegen, entweder die internationale Steuer auf Treibhausgas-Emissionen so festzulegen, dass sie den Kosten des Klimawandels näherungsweise entspricht, oder gemeinsam verbindliche Obergrenzen für die globalen Treibhausgas-Emissionen zu verabreden.

Auf dieser Basis sollte man dann wiederum in der detaillierten Umsetzung in tatsächliches wirtschaftliches Handeln möglichst die Marktkräfte wirken lassen und damit die Verantwortung für konkrete Investitions- oder Konsumententscheidungen an die einzelnen Akteure delegieren. Dies wäre eine Klimaschutzpolitik, die im Sinne volkswirtschaftlicher Effizienz trotz eines effektiven Klimaschutzes ein hohes globales Prosperitätswachstum ermöglicht.

Dem Klima ist es beispielsweise egal, ob solare Strahlungsenergie zur Stromerzeugung in Deutschland zu hohen oder in Afrika südlich der Sahara zu geringen Kosten eingesetzt wird. Der Kostenunterschied entsteht vor allem dadurch, dass eine Industrienation wie Deutschland sehr hohe Anforderungen an die Versorgungssicherheit stellt, sodass die Stromerzeugung durch – naturgemäß volatile – erneuerbare Energien zwingend die Bereitstellung großer konventioneller Erzeugungskapazitäten erfordert. In einem globalen Emissionshandelssystem hätten daher nationale Subventionen für erneuerbare Energieanlagen nichts verloren.

Bei internationalen Abreden zum Klimaschutz, etwa zur akzeptablen Obergrenze von Treibhausgas-Emissionen, die lediglich dazu dienen sollen, einen effektiven Rahmen für individuelles Wirtschaftshandeln bereitzustellen, dürften allerdings große Verteilungswirkungen entstehen. Diese Verteilungswirkungen müssen bereits in die Verhandlungen über den Steuersatz oder die verbindliche Obergrenze für Treibhausgas-Emissionen einfließen, damit überhaupt eine Einigung zustande kommt. Zusammen mit der Verabredung zum Klimaschutz muss es daher gegebenenfalls zu einer Verabredung über erhebliche wirtschaftliche Unterstützungsleistungen kommen. Dann aber sollte der Staat loslassen und nicht mehr in die detaillierten Aktivitäten eingreifen. Das Prinzip wäre also, die Suche nach den effizientesten detaillierten Lösungen an die einzelnen Akteure zu delegieren und Verteilungsprobleme im politischen Konsens zu lösen. Gerade globale Herausforderungen machen es erforderlich, auf die Kraft der Verbindung von Freiheit und Verantwortung zu setzen.

Dass ein derartiger Vorschlag nicht nur ein abstraktes Gedankenspiel ist, sondern durchaus praktische Erfahrungen widerspiegelt, zeigt das Beispiel des europäischen Handelssystems für Treibhausgase. Dieses hat sich zwar als wirksam erwiesen, umfasst aber nur einen begrenzten Bereich der Wirtschaftsaktivität – und damit der Emissionen von Treibhausgasen in Europa. Würde dieser Mechanismus ausgebaut und auf eine dauerhaftere Basis gestellt, böte sich die Chance seiner schrittweisen Erweiterung über Europa hinaus. Dann könnte es trotz aller aktuellen Skepsis noch Hoffnung auf eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik geben, die letztlich zu einer globalen Allianz für den Klimaschutz führen könnte (acatech et al., 2015).

## Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft

Die aktuelle Diskussion um die Soziale Marktwirtschaft kreist um zentrale Themen, mit denen sich das Roman Herzog Institut in den vergangenen Jahren intensiv in eigenen Forschungsschwerpunkten auseinandergesetzt hat – und aktuell befasst.

### 4.1 Gerechtigkeit

Wie gut gelingt es unserer Wirtschaftsordnung, Wettbewerb mit sozialem Ausgleich zu verbinden? Diese Frage, die an den Markenkern der Sozialen Marktwirtschaft rührt, spaltet die Meinungen. Die einen halten die Einkommensverteilung bei uns für eine der gerechtesten weltweit. Andere sehen die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffen – und sich selbst dabei auf der Verliererseite.



Moderator Henning Krümmey bringt die Generationen auf dem Podium zusammen.

Dass diese Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Situation oft auf einer verzerrten Wahrnehmung der Wirklichkeit beruht, betont Inga C. Schad-Dankwart. Erkenntnisse aus der Wirtschafts- und Sozialpsychologie belegen, dass Menschen dazu neigen, sich mit Bessergestellten zu vergleichen und daraus Neidgefühle abzuleiten. (Ein Phänomen, das beispielsweise auch in Wahlkämpfen genutzt wird, um zu polemisieren und Wählerstimmen für eine vorgeblich gerechtere Politik zu mobilisieren.)

Kritiker unterstellen, dass der soziale Vergleich in unserer Gesellschaft gezielt gefördert wird, um das Konkurrenzdenken generell zu beleben und die Menschen zu mehr Leistung anzuspornen. Andererseits kann der permanente Vergleichsdruck auch die Wahrnehmung verzerren: Denn so sehr sich jemand anstrengt, gibt es ja immer noch Menschen, denen es besser geht oder die in bestimmten Bereichen besser sind – oder die einem zumindest so erscheinen. Wo die eigenen Bemühungen aber scheinbar nicht ausreichen, um soziale Unterschiede zu überwinden, wird die Gesamtsituation als ungerecht empfunden. Möglicherweise ist der Graben zwischen Arm und Reich also in Wirklichkeit gar nicht so ausgeprägt wie nach der subjektiven Einschätzung der Einzelnen. Existiert der vermeintliche Verteilungskampf also gar nicht? Sorgt unsere Wirtschaftsordnung an sich für gerechte Verhältnisse?

„Die Soziale Marktwirtschaft verhindert, dass sich eine wirtschaftliche Elite bildet, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert“, lautet die Überzeugung von Matthias Heinz. Er sieht in der Sozialen Marktwirtschaft ein Erfolgsmodell, das soziale Gerechtigkeit in hohem Maß garantiert. Auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns allerdings nicht ausruhen, meint dagegen Charlotte Bartels. Sie bescheinigt dem deutschen Wohlfahrtsstaat, dass er den Einzelnen zwar gegen soziale Risiken absichere, jedoch insgesamt immer weniger eine Umverteilung vornehme und zu sozialem Ausgleich beitrage. Die Gefahr, dass in unserer

Gesellschaft die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, hält sie für durchaus real. Als negatives Beispiel, wohin eine solche Entwicklung letztlich führen kann, verweist sie auf die USA. Der legendäre Mythos „vom Tellerwäscher zum Millionär“ – jener Grundgedanke des amerikanischen Traums – ist Bartels zufolge von der Wirklichkeit längst überholt. Tatsächlich stehen die Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg für die Angehörigen sozial benachteiligter Schichten dort mittlerweile sehr schlecht.

Auch in Deutschland sieht sie Tendenzen, die in diese Richtung deuten. „Die Verteilungsgerechtigkeit von heute ist die Chancengerechtigkeit von morgen“, lautet ihre Schlussfolgerung. Das gilt vor allem für den Bildungssektor. Trotz aller Reformbemühungen sind Kinder aus sozial schwachen Bevölkerungsgruppen in puncto Schulbildung hierzulande noch immer deutlich im Nachteil gegenüber Kindern aus besser situierten Familien – und haben damit auch in ihrem späteren Leben weniger Aussicht auf gute Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten.

Wie die aktuelle Verteilungsdebatte zeigt, gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, was in diesem Zusammenhang als gerecht anzusehen ist. Während die einen vom Staat – und auch von den Unternehmen – soziale Verantwortung einfordern, durch Umverteilung für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen, pochen andere auf die Eigeninitiative der Bürger: Danach ist jeder seines Glückes Schmied, wie es im Sprichwort heißt, und für sein Wohl und Wehe selbst verantwortlich.

Der Aspekt der Gerechtigkeit ist somit eng verknüpft mit der Frage, wie durchlässig das System ist. Im Allgemeinen betrachten wir die Soziale Marktwirtschaft als ökonomischen Rahmen für eine offene Gesellschaft, in der es jedem grundsätzlich offen steht, die soziale Leiter zu erklimmen. „Der Aufstieg muss möglich sein, aber auch der Abstieg“, sagt Bundespräsident a. D. Roman

*„Solidarität kann man nicht von oben dekretieren.“*

*Christoph M. Schmidt*



*„Es gibt Verteilungsgerechtigkeit, aber die Menschen nehmen sie nicht richtig wahr.“*

*Matthias Heinz*



Herzog und unterstreicht damit auch die immer wieder gern verdrängte Kehrseite der Medaille.

Unterstützt wird er in dieser Ansicht von der Journalistin Ursula Weidenfeld: „Das System bringt eben auch Zumutungen mit sich.“ Diese Wahrheit auszusprechen, sei hierzulande jedoch unpopulär. Denn der soziale Abstieg gilt als Tabu,



*„Wir haben eine Tendenz zur Einkommenskonzentration am oberen Ende der Einkommensskala.“*

*Charlotte Bartels*

das Scheitern ist in unserer auf Erfolg programmierten Gesellschaft keine Option. Und dennoch sind auch Misserfolge untrennbar mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft verbunden: Das Recht, Fehler zu machen und diese zu korrigieren, ist darin nicht nur vorgesehen, sondern sogar eine Triebfeder marktwirtschaftlicher Prozesse. Nur wer bereit ist, Risiken einzugehen, Rückschläge zu akzeptieren und dafür die Verantwortung zu übernehmen, kann auch für Innovation sorgen.

Letztlich steht die Frage im Raum: Wie viel Ungleichheit ist verträglich? „Wir wünschen uns alle eine Gesellschaft, in der die Einkommen auf der Skala sehr weit rechts in Richtung hoher Prosperität und sehr eng beieinander liegen – das käme unserem Idealbild von Gerechtigkeit nahe. Trotzdem ist Gerechtigkeit nie eindeutig“, sagt der Vorsitzende des Sachverständigenrates Schmidt. Und allen Umverteilungsmaßnahmen zum Trotz werden wohl immer Unterschiede bestehen bleiben. „Die Frage ist, wann man mit der Umverteilung aufhören kann – im Extremfall wohl erst, wenn wir bei einem radikalen gesellschaftlichen Modell wie Nordkorea angekommen wären.“

## 4.2 Freiheit

Mehr Mut zum Markt – das wünschen sich viele mit Blick auf aktuelle Entscheidungen der Großen Koalition. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, die Mietpreisbremse oder die Festsetzung einer Frauenquote sehen sie als Beispiele für mangelndes Vertrauen in den Markt und für eine Renaissance staatlicher Regulierung. „Es gibt keinen Anlass für solche Eingriffe, doch seit 2013 ist ein starker Trend in diese Richtung spürbar“, sagt der Wirtschaftsweisen Schmidt und fordert stattdessen, die marktwirtschaftlichen Elemente in der Wirtschaftspolitik zu stärken.

Doch solche Standpunkte sind derzeit kaum verbreitet. Selbst Unternehmer wünschen sich häufig nicht mehr, sondern weniger Wettbewerb. Im Abbau von Handelshemmnissen, wie etwa durch das umstrittene Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), sehen sie eher eine Bedrohung als eine Chance. Konkurrenz, die im sprichwörtlichen Sinne das Geschäft beleben soll, wird heute oft als störend empfunden.

Wirtschaftsexperte Schmidt empfiehlt dagegen, gerade vor dem Hintergrund der Globalisierung auf die freiheitlichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu setzen. „Europa steht an einem entscheidenden Punkt seiner Entwicklung. Man ist eingebunden in ein großes Ganzes, bildet eine ökonomische Schicksalsgemeinschaft.“ Dass die aktuellen und künftigen Herausforderungen nicht an nationalen Grenzen haltmachen, verdeutlicht er am Beispiel Klimaschutz. Einer „großen Transformation“ im Sinne staatlich vorgegebenen Verhaltens zum Erreichen ökologischer Ziele, wie sie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen vorgeschlagen hat, erteilt Schmidt jedoch eine entschiedene Absage. In einem „gestaltenden“ Staat, der Lebensstiländerungen vorschreibt, sieht er einen Verstoß gegen freiheitliche Grundprinzipien. Stattdessen rät er dazu, nur einen globalen Rahmen von ökologischen Zielen („Dekarbonisierung“) festzulegen, die Umsetzung dieser Vorhaben aber Marktmechanismen zu überlassen.

So viel Eigenverantwortung wie möglich, so wenig zentrale Lenkung wie nötig – dieser Gedanke liegt nicht nur dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde, sondern auch unserer Staatsform. Daran erinnert Altbundespräsident Roman Herzog, der sich selbst einen leidenschaftlichen Verfechter des Subsidiaritätsprinzips nennt. Dahinter steht ein klares Menschenbild: das des selbstbestimmten Individuums. In der Demokratie wie auch in der Sozialen Marktwirtschaft geht es aber nicht nur in einem individualistischen Sinn darum, dass jeder Einzelne von seinen freiheitlichen Rechten Gebrauch macht, sondern auch um das große Ganze: „Das Entscheidende an der Meinungsfreiheit ist nicht, dass jeder sagen kann, was er denkt, sondern dass eine öffentliche Meinungsbildung dabei herauskommt.“ Auf die Marktprozesse übertragen, heißt das: Der Markt bildet nicht nur die Summe einzelner Entscheidungen in Bezug auf Angebot und Nachfrage

ab, sondern ist eine komplexe „Willensbildungs-maschinerie“ (Herzog).

Doch wird befürchtet, dass wir dabei sind, uns von diesem Idealbild zu entfernen – oder uns bereits beträchtlich davon entfernt haben. Es ist nicht klar, inwieweit wir tatsächlich noch eigenverantwortlich und selbstbestimmt handeln oder inwieweit wir schon überwiegend durch staatliche Vorgaben gelenkt werden. Ist aus dem mündigen nicht längst ein bevormundeter Bürger geworden? Ob es um finanzielle Anreize geht, wie etwa die sogenannte Abwrackprämie, oder um gesundheitliche Warnhinweise wie zum Beispiel die Lebensmittelampel, letztlich stellt sich die Frage: „Wie viel Entscheidungsfreiheit gesteht die Politik den Menschen noch zu und wo fängt das ‚Anschubsen‘ an? Und wie vertretbar ist es, die Menschen durch modernen Paternalismus dazu zu bringen, das zu tun, was erwünscht ist?“ (Ursula Weidenfeld).

Dass bestimmte Anreize als ein Mittel des Krisenmanagements ökonomisch vertretbar sind, ist die Auffassung von Christoph M. Schmidt. So sei die Abwrackprämie während der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 als kurzfristiger Stimulus eingeführt worden, um die Nachfrage nach Neuwagen anzukurbeln und damit die vom Konjunkturunbruch bedrohte Automobilindustrie in Deutschland zu stützen. „Jene Mischung aus ordnungspolitischer Grundüberzeugung und der Bereitschaft, pragmatisch und intuitiv zu handeln, macht das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft aus“, sagt Ursula Weidenfeld rückblickend über die damalige wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung. So wichtig und berechtigt staatliche Eingriffe in die Wirtschaft in Krisenzeiten sind, so entscheidend ist es aber auch, sie zurückzunehmen, sobald die Konjunktur sich erholt hat.

Die Rückkehr zur marktwirtschaftlichen Ordnung gelingt indes nicht immer. Dazu trägt nach Auffassung von Inga C. Schad-Dankwart auch



*„Die Krisenfestigkeit der Sozialen Marktwirtschaft ist einer der Gründe, warum man sich wieder mehr mit ihr beschäftigt.“*

*Ursula Weidenfeld*

der Status-quo-Bias bei, also die Neigung, an der aktuellen Situation festzuhalten und Veränderungen abzulehnen. Dieser psychologische Effekt kann bewirken, dass sich die Bürger in der Krise „einrichten“ und auf einmal gewährte Leistungen nicht wieder verzichten wollen.

Unbestritten ist, dass die marktwirtschaftliche Freiheit stets auch Möglichkeiten zum Missbrauch in sich birgt, wenn sich der Einzelne davon entsprechende Vorteile verspricht und (Selbst-) Bindung, Kontrolle und Sanktionen bei Fehlverhalten nicht oder nur schwach ausgeprägt sind. Aus theoretischer Sicht kommt hier das sogenannte Gefangenendilemma zum Tragen: Auch wenn jeder Einzelne sich rational und damit zum eigenen Vorteil verhält, führt dies auf kollektiver Ebene zum schlechtesten Ergebnis. Den Schaden trägt die Gesellschaft. Dies ruft dann regelmäßig den Gesetzgeber auf den Plan.

Zwar wäre es einfacher, wenn die Unternehmen selbst in stärkerem Maß ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen würden – im Sinne des Leitbilds vom „ehrbaren Kaufmann“. Die überbordende Fülle von Richtlinien und Normen zum Ver-

braucherschutz beispielsweise, die sowohl die Erzeuger von Konsumgütern einschränken als auch die Wahlfreiheit der Käufer beschneiden, müsste es dann nicht geben. Doch ob Compliance auf freiwilliger Basis, allein durch eine Stärkung des unternehmerischen Rechtsbewusstseins und Verantwortungsgefühls, durchgesetzt werden kann, bleibt fraglich.

Matthias Heinz hält deshalb eine starke Regulierung für erforderlich, um Normabweichler zu bestrafen und Mindeststandards für Konsumgüter zu etablieren. Dies sei auch notwendig, um zu verhindern, dass Erzeugnisse unter menschenunwürdigen, umwelt- und gesundheitsschädigenden Bedingungen hergestellt werden. Dagegen setzt Inga C. Schad-Dankwart mehr auf die Entscheidungsfreiheit von Konsumenten, die – zumindest im Konsumgüterbereich – ihrer Ansicht nach ausreicht, um Unternehmen für schlechte Produkte abzustrafen und für gute zu belohnen.

Dass sich die Diskussion über Soziale Marktwirtschaft oft nur auf die negativen Aspekte verengt, beklagt Roman Herzog. Häufig werde der Eindruck eines an einer Dauerkrise kränkelnden Systems vermittelt. Nach seinem Wunsch sollten in der öffentlichen Debatte jedoch nicht nur die Defizite unserer Wirtschaftsordnung herausgestrichen werden. Seiner Auffassung nach bedarf es keiner defensiven Strategien, um die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft sozusagen „entschuldigend“ ins rechte Licht zu rücken. Vielmehr kommt es darauf an, ihre Stärken offensiv zu vertreten und ihren freiheitlichen Kern herauszustellen: „Gefochten wird um eine freie Gesellschaft.“

### 4.3 Dialog der Generationen

Welche Rolle spielt die Soziale Marktwirtschaft im Leben der jüngeren Generation? Dass ihre ordnungspolitischen Impulse entscheidend waren für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg, ist für die heute 20- bis 30-Jäh-

rigen nur noch Geschichte und längst verjährt. „Mit dem Wirtschaftswunder kann man junge Leute nicht mehr hinter dem Ofen hervorholen“, meint der RHI-Vorstandsvorsitzende **Randolf Rodenstock**.

Jenseits von Gründerzeit-Pathos und Ludwig-Erhard-Nostalgie kommt es darum heute mehr darauf an, die grundlegenden und zeitlosen Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft zu vermitteln, will man für sie Werbung machen: Freiheit und Verantwortung. Diese Grundwerte stehen für ein aufgeklärtes, selbstbewusstes Menschenbild und sind auch im Wertekanon der jüngeren Generation verankert.

Ein zweites Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass es sich bei ihr nicht nur um eine Wirtschaftsordnung, sondern um eine Wirtschaftsethik handelt. Sie beruht nicht allein – wie ihr von Kritikern oft unterstellt wird, die sie mit dem Neoliberalismus oder der neoklassischen Wirtschaftstheorie verwechseln – auf den Prinzipien Wettbewerb und Gewinnstreben, sondern auch auf Solidarität und Gemeinwohl. Für unser heutiges Wirtschaften ist auch der Aspekt der Nachhaltigkeit – verstanden als generationenübergreifende Solidarität und Verantwortlichkeit – von zentraler Bedeutung.

Ein dritter Aspekt, der die Soziale Marktwirtschaft auszeichnet, besteht darin, dass sie sich auch in Krisenzeiten bewährt hat und sich dem gesellschaftlichen Wandel anpasst. Das macht sie auch in den Augen der jüngeren Generation zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung.

Denkansätze zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft liefern die drei Preisträger des Roman Herzog Forschungspreises 2015 in ihren wissenschaftlichen Arbeiten, in denen sie sich mit Fragestellungen rund um die Potenziale und die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft befasst haben. Beim Generationentalk im Rahmen der Preisverleihung bot sich ihnen die

Gelegenheit, die eigenen Standpunkte – die in mancher Hinsicht auch typisch für ihre Generation sind – vorzutragen und den Sichtweisen der älteren Podiumsteilnehmer gegenüberzustellen.

Dabei ging es zunächst auch darum, mit grundsätzlichen Mythen über die Soziale Marktwirtschaft aufzuräumen. Bundespräsident a. D.

*„Man braucht feste Regeln, denn wir wissen aus der Verhaltensökonomie, dass sich 20 Prozent aller Menschen unkooperativ verhalten.“*

*Matthias Heinz*



*„Als Ökonom darf man nicht blind-ideologisch herumlaufen, sondern muss genau hinschauen: Haben wir gerade ein Nachfrage- oder ein Angebotsproblem?“*

*Christoph M. Schmidt*



Roman Herzog kritisierte in diesem Zusammenhang die „Verkürzung und holzschnittartige Vereinfachung der Sozialen Marktwirtschaft“, wie sie häufig zu beobachten ist. Die öffentliche Debatte werde oft verengt auf den Aspekt des Wirtschaftswachstums. Den Argumenten der Wachstumskritiker lediglich mit dem Hinweis zu begegnen „Soziale Marktwirtschaft ist prima, da geht es uns jedes Jahr besser!“ greift deutlich zu kurz.

Nach Ansicht von Christoph M. Schmidt wirken in Deutschland noch die Erfahrungen der Jahre von 1948 bis 1973 nach. Doch diese Phase ist ein Ausnahmezustand gewesen, was den wirtschaftlichen Aufschwung sowie die Überwindung sozialer Schranken innerhalb der Gesellschaft angeht. Dennoch sind dadurch unrealistisch hohe Erwartungen an die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung geweckt worden, die sich in den Köpfen vieler Menschen verfestigt haben.

Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen für unser Wirtschaften verändert. Wir haben gelernt zu akzeptieren, dass wirtschaftliches

Wachstum – verstanden im quantitativen Sinn als Zunahme des materiellen Wohlstands – an seine Grenzen stößt: Nicht nur, weil wir ein rohstoffarmes Land sind, das mit knappen Ressourcen haushalten muss, sondern auch weil die Aspekte von Nachhaltigkeit und Verantwortung gegenüber den Generationen von morgen stärker in den Fokus gerückt sind. Unsere Nachkommen werden die Kosten für unser wirtschaftliches Wachstum tragen müssen – vor allem die ökologischen Folgen –, was ihre Aussicht auf eine lebenswerte Zukunft schmälert. Die Frage steht im Raum, ob und wie gut es mithilfe unserer Wirtschaftsordnung gelingen kann, Innovationen voranzutreiben, die beispielsweise eine effizientere Energieverwertung ermöglichen sowie umweltschonende Produkte und Verfahren entwickeln helfen.

Wie beurteilen junge Menschen selbst ihre Zukunftsaussichten? Blicken sie mit Zuversicht oder mit Skepsis nach vorn? Wie beeinflusst der demografische Wandel ihr Lebensgefühl und ihre Wertvorstellungen?

Auf die Frage, ob sie selbst sich als ein „knappes Gut“ sehen, das auf dem Arbeitsmarkt umworben wird, kamen von den drei Nachwuchswissenschaftlern eher verhaltene Reaktionen. Unsicherheit in Bezug auf die eigene akademische Karriere ist der Tenor. Die Befürchtung, dass sie befristete Arbeitsverträge nicht in langfristige umwandeln können, treibt sie um. Charlotte Bartels äußerte Zweifel daran, ob der Staat auch in Zukunft noch in der Lage sein wird, die Bürger gegen Lebensrisiken abzusichern und die Altersvorsorge ihrer Generation zu gewährleisten. Inga C. Schad-Dankwart wies darauf hin, dass ihre berufliche Karriere auch stets davon abhängt, wie gut sie – als Mutter von zwei Kindern – Beruf und Familie miteinander vereinbaren könne.

„Diese Sorge um die eigene Zukunft ist verbreitet, lähmt aber auch Karrieren“, argumentierte Wirtschaftsfachmann Schmidt. „Wenn die Nachkriegsgeneration so gedacht hätte, wären



wir nicht weit gekommen“ – ein etwas unfairer Vergleich, der Altbundespräsident Roman Herzog dann auch über die „Gnade der frühen Geburt“ witzeln ließ. Tatsächlich mag die Haltung der jungen Akademiker verwundern, wenn man bedenkt, dass die nach 1980 Geborenen den demografischen Vorteil auf ihrer Seite haben. Weil die Geburtenzahlen weiter sinken, wird der Nachwuchs an gut ausgebildeten Arbeitskräften in Zukunft immer knapper.

Den Älteren auf dem Podium erschien das Sicherheitsbedürfnis der Vertreter der jungen Generation vor diesem Hintergrund unverständlich. An die Adresse der Preisträger gewandt, sagte Ursula Weidenfeld: „Wir waren immer die Generation der ‚zu Vielen‘ – Sie sind die ‚zu Wenigen‘. Wenn es eine Generation gibt, die nicht nach lebenslangen Arbeitsverhältnissen strebt und gut damit zurechtkommen müsste, dass es keine lebenslange Sicherheit gibt, dann die Ihre!“

Dennoch offenbart sich gerade in dieser Paradoxie das zwiespältige Selbstverständnis der Generation von morgen: Während manche Sozialforscher ihr ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein bescheinigen, weisen andere darauf hin, dass besonders in dieser Generation ein großes Bedürfnis nach materieller Sicherheit besteht. Denn in ihrem Lebensgefühl sind eben auch existenzielle Ängste verankert, die sich etwa aus den Nachwirkungen der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren oder dem Streben, den materiellen und gesellschaftlichen Status ihrer Eltern wenigstens aufrechtzuerhalten, ergeben. Sie sehen die eigene langfristige Lebensplanung in vielfältiger Weise durch Krisen bedroht.

Doch bei Lichte betrachtet, überwiegen die Gründe für mehr Optimismus. Die Startbedingungen für junge Menschen sind hierzulande gut – was nicht ausschließt, dass sie nicht verbessert werden könnten, dass bestimmte Gruppen benachteiligt sind oder dass Fehler gemacht werden: Es herrscht seit Jahrzehnten Frieden.

*„Aus psychologischer Sicht ist die Angst vor dem sozialen Abstieg einfach zu erklären: Menschen wollen ihren Status quo aufrechterhalten.“*

*Inga C. Schad-Dankwart*



Wir leben in einer freien, sicheren und offenen Gesellschaft. Im Vergleich zu anderen Ländern ist das Wohlstandsniveau hoch und die soziale Absicherung gut. Es gibt vielfältige Bildungs- und Berufschancen.

Aufbruchstimmung statt Agonie – dazu rieten der jungen Generation die Älteren in der Talkrunde. Junge Menschen sollen mit Mut nach vorn blicken und sich ihrer Verantwortung bewusst sein, an der Gestaltung unseres Gemeinwesens mitzuwirken, das uns ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht.

## Auf dem Weg zu einer Wirtschaftsordnung für morgen

Eine Preisverleihung setzt keinen Schlusspunkt, sondern ist der Auftakt zu etwas Neuem, betonte **Randolf Rodenstock** am Ende der Veranstaltung. Das gilt zum einen natürlich für die Karrieren der jungen Wissenschaftler, die mit dem **Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft** ausgezeichnet worden sind und dadurch zu weiteren Forschungen ermuntert werden sollen. Zum anderen markiert die Auszeichnung auch für das **Roman Herzog Institut** eine Station auf dem Weg zu einer weiterführenden Beschäftigung mit der Sozialen Marktwirtschaft: „Die Thematik wird uns nicht loslassen!“

Anlässe dazu sieht der RHI-Vorstandsvorsitzende genug; die Signale aus der Politik und der öffentlichen Diskussion bereiten ihm Sorgen. Die überbordende Bürokratie nimmt weiterhin zu, Überregulierung in vielen Bereichen beschneidet unternehmerische Freiheiten und blockiert die wirtschaftliche Innovationskraft. Außerhalb dieser

„bekannten Gefahrenzonen“ gibt es nach Auffassung von **Rodenstock** weitere Strömungen in der wirtschaftspolitischen Debatte, die kritisch zu hinterfragen sind:

- **Bedingungsloses Grundeinkommen.**  
Bei diesem sozialpolitischen Transferkonzept erhält jeder Bürger eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche finanzielle Zuwendung. Eine Gegenleistung ist dafür nicht erforderlich. Nach Ansicht von Kritikern würde damit jeglicher Anreiz zu Leistung und Eigeninitiative wegfallen und stattdessen das Signal gegeben, sich aus der Arbeitsgesellschaft zu verabschieden. Das bedingungslose Grundeinkommen trägt nicht zu mehr Solidarität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft bei, sondern vermittelt die Vorstellung, Wohlstand sei auf Kosten der Allgemeinheit finanzierbar. Der Fleißige ist dabei der Dumme.
- **Wachstumsrücknahme** („Décroissance“).  
Nach Ansicht mancher Ökonomen sollte solches Wirtschaftswachstum eingedämmt werden, von dem man annimmt, dass es



*„Das Preisgeld gibt mir ein Stück Freiheit – ich kann mich Forschungsgebieten zuwenden, die für mich Relevanz besitzen, und muss nicht nach dem gehen, was gerade angesagt ist.“*

*Charlotte Bartels*

sozial, ökologisch, ökonomisch oder politisch schädlich ist. Vertreter dieses Konzepts sehen darin eine Strategie gegen ein Wachstum, das Umwelt und Ressourcen überlastet. Grundsätzlich stellt sich jedoch die Frage, wie eine „verordnete“ Wachstumsrücknahme mit unserer Wirtschaftsordnung und dem menschlichen Wunsch nach Wohlstand und Verbesserung seiner Lage vereinbar ist.

- **Aktienmarktsozialismus.** Nach diesem Konzept übernimmt der Staat als sogenannter Bundesaktionär die Aktienmehrheit in großen börsennotierten Unternehmen (mindestens 51 Prozent). Er greift nicht aktiv in das operative Firmengeschäft ein – das bleibt auch weiterhin die Aufgabe des Managements. Der Bundesaktionär, der in der Theorie so unabhängig von der Politik sein soll wie früher die Bundesbank mit Blick auf die Preisstabilität, entsendet aber Vertreter in die Aufsichtsräte. Diese wählen wiederum die Topmanager aus und machen strategische Vorgaben. Das grundsätzliche Unternehmensziel besteht darin, die langfristige

Unternehmensrendite zu maximieren. Die Dividenden fließen gemäß dem Aktienanteil in den öffentlichen Haushalt. Sie unterstützen den Staat bei seinen sozialen Aufgaben und sollen zu einer gerechteren Verteilung des Erwirtschafteten beitragen.

- **Gemeinwohlökonomie.** Dieser Initiative haben sich bereits mehr als 1.700 Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber in Deutschland, Österreich und der Schweiz angeschlossen. In einer „Gemeinwohl-Bilanz“ werden ihre sozialen, ökologischen, demokratischen und solidarischen Aktivitäten gemessen. Gemeinwohlorientiertes unternehmerisches Verhalten soll durch Mehrwertsteuersenkungen, Niedrigzölle und günstige Kredite belohnt werden. Das Konzept sieht sozialistisch-planwirtschaftliche Elemente vor: Kapital und Stimmrechte größerer Aktiengesellschaften sollen an die Beschäftigten und die Allgemeinheit überführt werden. Es gibt Obergrenzen für privates Vermögen, Finanzanlagen sind verboten. In der Folge würden Börsen und Anlageprodukte verschwinden.

*„Was ich in der politischen Debatte erlebe, ist so traurig, dass ich mich nur schütteln kann.“*

*Roman Herzog*





Randolf Rodenstock warnt vor fehlgeleiteten wirtschaftspolitischen Konzepten.

Diese Themen bieten nach den Worten des RHI-Vorstandsvorsitzenden zahlreiche Ansatzpunkte für die künftige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Sozialen Marktwirtschaft. Sie zeigen auch, dass ökonomische Fragestellungen uns alle betreffen: „Die Wirtschaftswissenschaften

sind keine eiskalte, zahlengetriebene Ökonometrik, sondern haben mit Menschen zu tun – wir alle sind Wirtschaft!“ In dieser Ansicht wurde er auch vom Wirtschaftsweisen Schmidt unterstützt, der zuvor festgestellt hatte, dass in der Bevölkerung zu wenig Wissen über wirtschaftliche Zusam-



menhänge und sogar eine starke Ablehnung gegenüber der Ökonomie verbreitet sei. „Sie wird als etwas empfunden, das außerhalb von uns stattfindet. Aber wir sind mittendrin. Viele der Bildungsbürger kennen sich besser mit Opern als mit Ökonomie aus. Das ist zwar frustrierend, aber auch ein deutlicher Auftrag an uns Wissenschaftler.“ Seine eigene Zunft forderte er dazu auf, mehr Einfluss auf den politischen Diskurs auszuüben.

Forschung darf nicht im Elfenbeinturm betrieben werden. Vielmehr gilt es, mit wissenschaftlichen Fragestellungen und Ergebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen und sie in verständlicher Form zu vermitteln. Diesen Appell richtete der RHI-Vorstandsvorsitzende Rodenstock abschließend ausdrücklich an die Adresse des akademischen Nachwuchses und eröffnete damit zugleich die nächste Bewerbungsrunde für den Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft.

„In diesem Sinne lade ich auch für nächstes Jahr wieder junge Wissenschaftler ein, mit uns gemeinsam die Idee der Sozialen Marktwirtschaft dynamisch und vor allem interdisziplinär weiterzudenken. Als Roman Herzog Institut suchen wir aber nicht nur wegweisende wissenschaftliche Arbeiten. Wir suchen Persönlichkeiten unter den Nachwuchswissenschaftlern, die etwas anstoßen und bewegen wollen. Wir wollen sie dabei fördern und freuen uns auf ihre Einsendungen!“

Mit dem Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft werden drei herausragende Arbeiten – Dissertationen oder Habilitationen – ausgezeichnet, die wichtige wissenschaftliche Ansätze zur Weiterentwicklung des Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft liefern. Gefördert wird der Preis von der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Die eingereichten Forschungsarbeiten sollen eine fundierte Analyse der aktuell relevanten ordnungspolitischen Fragestellungen aufweisen. Mit den gewonnenen Erkenntnissen können die politische Meinungsbildung und politische Entscheidungsprozesse unterstützt werden. Darum sind Umsetzbarkeit und Praxisnähe der Forschungsergebnisse von großer Bedeutung.

Fachübergreifende Beiträge sind hochwillkommen, da sich das Roman Herzog Institut der Interdisziplinarität in besonderer Weise verpflichtet fühlt. Möglich sind sowohl Selbstbewerbungen als auch Vorschläge von Fakultäten und Instituten.





ROMAN HERZOG INSTITUT

Der Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft ist dotiert mit

1. Preis: 20.000 Euro
2. Preis: 10.000 Euro
3. Preis: 5.000 Euro

Die Bewertung der Arbeiten und die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine unabhängige Jury. Die Entscheidung der Jury sowie die Details zur Preisverleihung werden auf der Homepage des Roman Herzog Instituts bekannt gegeben: [www.romanherzoginstitut.de/forschungspreis](http://www.romanherzoginstitut.de/forschungspreis)

**Einsendeschluss ist der 31. Dezember.**

Ausführliche Informationen finden Sie auch in der Informationsbroschüre.



## Literatur

**acatech** – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften / **Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina** / **Union der deutschen Akademien der Wissenschaften**, 2015, Die Energiewende europäisch integrieren: Neue Gestaltungsmöglichkeiten für die gemeinsame Energie- und Klimapolitik, gemeinsame Stellungnahme, März 2015, München

**CAE** – Conseil d'Analyse Économique / **SVR** – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2010, Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem, Expertise im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrates, Wiesbaden

**Enquete-Kommission**, 2013, Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft, Deutscher Bundestag, Drucksache, Nr. 17/13300, Berlin

**Kösters**, Wim, 1990a, The Economic Order of the Federal Republic of Germany, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Nr. 121, Münster

**Kösters**, Wim, 1990b, Government's Role in the Economic Order, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Nr. 122, Münster

**Nuscheler**, Franz, 2012, Entwicklungspolitik. Lern- und Arbeitsbuch, Bonn

**Schlecht**, Otto, 1990, Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, Tübingen

**Schlecht**, Otto, 2001, Soziale Marktwirtschaft. Grundlagen, Entwicklungslinien, Perspektiven, Freiburg im Breisgau

**Schmidt**, Christoph M., 2013, Balancing Efficiency and Solidarity: the German „Soziale Marktwirtschaft“ as a Model for Equitable and Resilient Economic Development, in: Velloso, João Paulo dos Reis (Hrsg.), Manifesto por um Brasil Desenvolvido, Rio de Janeiro, S. 83–96

**Sinn**, Hans-Werner, 2008, Das grüne Paradoxon: Warum man das Angebot bei der Klimapolitik nicht vergessen darf, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 9. Jg., Sonderheft 4, S. 109–142

**SVR** – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2009, Deutschland im internationalen Konjunkturzusammenhang, Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden

**Tietmeyer**, Hans, 2010, Soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Entwicklungen und Erfahrungen, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, Nr. 10/4, Freiburg im Breisgau

**Watrin**, Christian, 1979, The Principles of the Social Market Economy. Its Origins and Early History, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 135, S. 405–425

**WBGU** – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, 2011, Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Hauptgutachten 2011, Berlin

## Veröffentlichungen des Roman Herzog Instituts zum Thema

Alle Publikationen sind beim RHI kostenlos erhältlich und können bestellt werden unter:  
[www.romanherzoginstitut.de](http://www.romanherzoginstitut.de)

### „Freiheit“

in chronologischer Reihenfolge

**Randolf Rodenstock** (Hrsg.), 2015, Freiheit ist zwecklos. Vom Wert und vom Willen, frei zu sein, RHI-Buch mit Beiträgen von Beate Engl, Rolf Gröschner, Stefan Hradil, Gerhard Roth, Steffen J. Roth und Reinhardt Werth, München

**Roman Herzog Institut** (Hrsg.), 2015, Was ist Freiheit?, RHI-Diskussion, Nr. 24, München

**Roman Herzog Institut** (Hrsg.), 2014, Freiheit zwischen Medien, Macht und Meinung, RHI-WissensWert, Nr. 7, München

### „Soziale Marktwirtschaft“

Auswahl in chronologischer Reihenfolge

**Karl Homann / Corinna Gruber**, 2014, Die Marktwirtschaft und ihre intellektuellen Kritiker. Kritik einer Kritik, RHI-Position, Nr. 14, München

**Randolf Rodenstock**, 2014, Soziale Ungerechtigkeit in Deutschland. Die Sicht der Wirtschaft, RHI-Information, Nr. 16, München

**Bruno S. Frey**, 2012, Wachstum, Wohlbefinden und Wirtschaftspolitik. Ziele (glücklichen) Wirtschaftens, RHI-Position, Nr. 13, München

**Johannes Hirata**, 2012, Wirtschaftswachstum und gute Entwicklung. Was ist dran an der Wachstumskritik?, RHI-Position, Nr. 12, München

**Randolf Rodenstock / Wolfgang Huber / Bernd Uhl / Nils Goldschmidt**, 2010, Zwischen Gewinn und Gewissen. Wie viel Nächstenliebe kann sich die Soziale Marktwirtschaft leisten?, RHI-Diskussion, Nr. 14, München

**Werner Abelshauser**, 2009, Des Kaisers neue Kleider? Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft, RHI-Position, Nr. 7, München

© 2015 ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.  
ISSN 1863-3978 / ISBN 978-3-941036-47-5  
Herausgeber:  
ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.

Kontakt:  
Dr. Neşe Sevsay-Tegethoff  
Geschäftsführerin  
ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.  
Max-Joseph-Straße 5  
80333 München  
Telefon 089 551 78-732  
Telefax 089 551 78-755  
info@romanherzoginstitut.de  
www.romanherzoginstitut.de

Manuskript und Redaktion: Martina Martschin, Dr. Benjamin Scharnagel  
Fotos: ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.  
Produktion: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Köln · Berlin

**Diese Publikation ist beim Herausgeber kostenlos erhältlich und kann unter  
[www.romanherzoginstitut.de](http://www.romanherzoginstitut.de) bestellt werden.**



ISBN 978-3-941036-47-5

[www.romanherzoginstitut.de](http://www.romanherzoginstitut.de)